

Greenpeace und Armutskonferenz: 330.000 Menschen in Österreich können sich warme Wohnung nicht leisten

Utl.: Thermische Sanierung bringt im Jahr 750 Euro Einsparung pro Haushalt =

Wien (OTS) - Auch heuer müssen viele Menschen in ihren Wohnungen frieren. Insgesamt können es sich 330 000 Menschen, also vier Prozent der österreichischen Bevölkerung, nicht leisten, ihre Wohnung im Winter warm zu halten, davon 58 000 Kinder. Im Durchschnitt geben Haushalte mit einem Monatseinkommen unter 900 Euro 36 Prozent ihres Gesamtbudgets für Wohn- und Heizkosten aus. Je weiter das Einkommen sinkt, desto höher ist dieser Anteil. Die großen Brocken "Wohnen" und "Energie" drücken schwer auf einkommensarme Haushalte. "Armut bekämpfen, Klima schützen, Geld sparen, Arbeitsplätze schaffen. Hier gibt es Win Win Situationen, die wir nützen sollten. Wir können mit Klimaschutz Armut bekämpfen und mit Armutsbekämpfung Klima schützen", erklären Martin Schenk, Sozialexperte der Armutskonferenz und Alexander Egit, Geschäftsführer von Greenpeace.

Eine solche Möglichkeit liegt in der thermischen Sanierung. Derzeit liegt die Sanierungsrate bei Wohngebäuden bei knapp über einem Prozent. Ziel muss sein, diese Rate bis 2020 auf drei Prozent und bis 2025 auf fünf Prozent anzuheben", fordern Egit und Schenk. Um diese Steigerung zu erreichen, braucht es mehrere Maßnahmen. Die Bundesregierung hat im Budget bis 2014 jährlich lediglich hundert Millionen Euro für thermische Sanierung vorgesehen. Diese Mittel würden nach den bestehenden Plänen aber vor allem Eigenheimbesitzern und damit nicht den einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zu Gute kommen. Um die Finanzierung bis 2025 zu sichern und die notwendigen Win Win Effekte zu erzielen, muss deutlich mehr investiert werden, bis zu einer Milliarde. Spielraum bestünde beispielsweise darin, die wenig sinnvollen 10 Milliarden für den Koralmtunnel umzuwidmen.

Zudem ist eine Mietrechtsnovelle notwendig, um die Eigentümer dazu zu bewegen, notwendige Maßnahmen zu ergreifen und um die Probleme rundum die Kosten-Nutzen-Verteilung zu lösen. Profitieren sollen davon auch jene Haushalte, die es am nötigsten brauchen. Das heißt: Wenigverdienende in schlecht gedämmten und sanierungsbedürftigen Häusern.

"Einkommensschwache sitzen in der Energiearmutsfalle, da das

untere Einkommensfünftel kein Kapital hat, um notwendige Investitionen zu tätigen", so Martin Schenk. Um Menschen an der Armutsgrenze zu entlasten, muss die Regierung die Betroffenen beim Umstieg auf nachhaltige und auf Dauer günstigere Energieformen sowie bei Maßnahmen für einen geringen Energieverbrauch unterstützen. Kostenreduktion bei Energie ist eine wichtige sozialpolitische Maßnahme bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt.

Eine sinnvolle Förderung würde außerdem als Anschubfinanzierung wirken. Das bedeutet, dass die Förderung mit einem Euro eine Folgeinvestition von vier Euro aus privaten Mitteln bewirken würde. Wichtig ist ein sozial durchdachtes Verteilungsmodell, da Wenigverdienende zumeist nicht selbst in Sanierung investieren können. Hochgerechnet auf eineinhalb Millionen Wohnungen und Häuser aus den Jahren 1945 bis 1980, die dringend saniert werden müssten, würde eine thermische Sanierung rund 750 Euro pro Haushalt und Jahr einsparen. "Hochgerechnet auf 1,5 Mio. Wohnungen und Häuser mit einer Durchschnittsgröße von 100 m² und eine Reduktion des Wärmebedarfs von 90 kWh pro m², bedeutet das, basierend auf Heizöl und beim jetzigen Preisstand jährliche Gesamteinsparungen von 1,1 Mrd. Euro Heizkosten und die Vermeidung von 3,1 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen", rechnet Egit abschließend vor.

Rückfragehinweis:

Mag. Martin Schenk, Die Armutskonferenz

Tel: 01/409 80 01, 01/402 69 44 oder Mobil: 0664/544 55 54

www.armutskonferenz.at

Mag. Alexander Egit, Greenpeace

Tel: 01/5454580, Mobil: 0664/3262555 www.greenpeace.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/641/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0019 2010-12-19/11:17

191117 Dez 10

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101219_OTS0019